

**MEHR LOHN**

**MEHR FREIZEIT**

**MEHR SICHERHEIT**

**MEHR SOLIDARITÄT**

## **Statement der Arbeitsloseninitiative Gießen e. V. zum 1. Mai 2024 gegen die Hetze gegen Erwerbslose**

Kennen Sie auch so viele Totalverweigerer? Die sich mit dem üppigen Bürgergeld in ihrem großen Garten sonnen, auf Reisen gehen und schon vormittags in der Bar Cocktails bestellen, während Sie selbst sich 8 Stunden und mehr am Tag abrackern für ein Gehalt knapp über dem Mindestlohn?

Ich – ehrlich gesagt – kenne keinen. Mein Name ist Martina Bodenmüller und ich bin Mitarbeiterin in der Arbeitsloseninitiative Gießen. Bei uns gehen täglich um die 50 Menschen ein und aus, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Sie kommen zur Beratung, zur Stellensuche am Computer, ins Café oder beteiligen sich an Kulturprojekten oder arbeiten im Beschäftigungsprojekt mit – für eine kleine Aufwandsentschädigung. Menschen verschiedener Altersgruppen, mit und ohne Migrationsgeschichte, mit und ohne qualifizierter Berufsausbildung. Jemand der wirklich ein reales Angebot einer **für ihn** zumutbaren Arbeit bekommen und abgelehnt hat, ist mir da in den letzten Jahren nicht begegnet.

Viele sind auf der Suche nach Arbeit, aber gesundheitliche Einschränkungen, psychische Probleme, fortgeschrittenes Alter oder auch geringe Deutschkenntnisse führen oftmals dazu, dass kein Arbeitgeber sie haben will. Oft hat die jahrelange Erwerbslosigkeit zu großen Problemen geführt und die erfolglose Stellensuche massiv am Selbstbewusstsein genagt. Manche von Ihnen haben zuvor 20 oder 30 Jahre als Ingenieurin oder Krankenpfleger gearbeitet, bevor sie z.B. durch Werksschließungen oder Burnout in Arbeitslosigkeit geraten sind. Nach einem Jahr Erwerbslosigkeit existiert keine Arbeitslosenversicherung mehr, da gibt es nur noch Bürgergeld.

Es gibt nicht „die oder den Bürgergeldempfänger“ auf der einen Seite und die arbeitende Bevölkerung auf der anderen Seite. Bürgergeld kann jeden von uns treffen und ist für alle da. Jeder von uns, der heute in einem mehr oder weniger gut bezahlten Job steht, vielleicht ein kleines Eigenheim hat oder etwas für die Rente gespart hat, kann morgen

einen Schlaganfall haben, mit 56 entlassen werden oder ein Burnout erleiden. Und dann sind wir alle froh, wenn wenigstens ein bisschen Absicherung da ist in einem sogenannten Sozialstaat, oder? Wenn wir ein wenig behalten dürfen von unserem Ersparten und nicht aus unserer Wohnung ausziehen und das Auto abgeben müssen, oder?

Was im Moment vor allem von der CDU propagiert und vorgeschlagen wird (und schon länger ja auch von der AfD), ist Hetze gegen Erwerbslose auf Kosten von Menschen, die in Not geraten sind. Und wir alle sollten uns von dieser Hetze nicht anstecken lassen, sondern darauf bestehen, dass die soziale Absicherung in einem reichen Land wie Deutschland erhalten bleibt und nicht noch mehr abgebaut wird.

Und wir sollten die Menschen, die in Not geraten sind, unterstützen und ihnen soziale Teilhabe ermöglichen, damit die Not nicht noch schlimmer wird. Das Bürgergeld sichert laut Berechnung der Wohlfahrtsverbände nicht einmal das Existenzminimum<sup>1</sup>. Gerade bei Familien sehen wir immer wieder, dass es vielleicht knapp zum Leben reicht, aber nicht um den Kindergeburtstag zu feiern, nicht um den Klassenausflug zu bezahlen oder die Zugfahrt vom Landkreis nach Gießen. Und dass Schulden entstehen, sobald die Waschmaschine kaputt ist oder der Kühlschrank. Oder es dann eben keinen Kühlschrank mehr gibt.

Mit unseren Projekten ermöglichen wir als Arbeitsloseninitiative soziale Teilhabe für die Menschen, die aufgrund von Geldmangel vereinsamen und sich in ihre kleine Wohnung zurückgezogen haben. Zu uns kommen aber auch Menschen, die trotz Vollzeitstelle noch nach einem zusätzlichen Minijob suchen, weil der Mindestlohn eben nicht reicht, um die eigene Familie zu ernähren.

Lassen wir uns nicht dafür einfangen, Lohnarbeitende und Erwerbslose

gegeneinander auszuspielen. Sowohl der Mindestlohn als auch das Bürgergeld müssen an die tatsächliche Inflation angepasst und erhöht werden, um Menschen eine menschenwürdige Existenz und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Woher das Geld dafür kommen soll? Ohne weit auszuholen, fällt mir da so einiges ein, was Menschen, Klima und Umwelt nicht gut tun und man einfach streichen könnte: Waffen, sinnlose Autobahnen, Subventionen für Flugverkehr ...

Oder wir werfen einfach einmal einen Blick auf die wahren „Totalverweigerer“. 160 Milliarden Euro gehen jährlich in Deutschland durch Steuerhinterziehung verloren<sup>2</sup>, hauptsächlich durch Unternehmen und Reiche. Vermögen wird in Deutschland gar nicht mehr besteuert. Und während viele Erwerbstätige in den Krisen der letzten Jahre sparen mussten, um über die Runden zu kommen, sind die Unternehmensgewinne deutlich gestiegen und die Reichen immer reicher geworden. Allein das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen wuchs seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel von ca. 89 auf ca. 155 Milliarden US-Dollar.<sup>3</sup>

Wenn wir davon sprechen, dass jemand sich auf Kosten der Allgemeinheit ein schönes und lockeres Leben macht, dann sollten wir mal in diese Richtung schauen, anstatt Menschen in Notlagen zu diffamieren. Zu **Mehr Lohn, Mehr Freizeit** und **Mehr Sicherheit** gehört auch **Mehr Solidarität**. Und wer sich tatsächlich mit der Lebenssituation in Erwerbslosigkeit beschäftigen möchte, sei gerne herzlich eingeladen, hier an unserem Stand oder im Café der ALI Gießen vorbeizukommen und mit uns und mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

<sup>1</sup> Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen im Interview mit der Frankfurter Rundschau: <https://www.fr.de/wirtschaft/was-die-cdu-vorschlaegt-ist-schlicht-verfassungswidrig-93035869.html>

<sup>2</sup> Finanzverwaltung NRW: <https://www.finanzverwaltung.nrw.de/uebersicht-rubrik-aktuelles-und-presse/pressemitteilungen/deutschland-verliert-mehr-als-160>

<sup>3</sup> Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/oxfam-studie-reichtum-armut-100.html>